

Der US-Publizist und Friedensaktivist Norman Solomon wirft der Führung der Demokratischen Partei vor, wegen des Wirbels um Russland die Entwicklung progressiver Forderungen versäumt zu haben.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 133/19 – 18.11.19

Der Wirbel der Demokraten um Russland hat die Entwicklung progressiver Forderungen verhindert

Von Norman Solomon

truthout, 26.10.19

(<https://truthout.org/articles/the-frenzy-about-russia-has-undermined-progressive-agendas/>)

Als Donald Trump die Präsidentschaft gewann, hätten wichtige Fragen beantwortet werden müssen: Wie konnte das geschehen? Haben die Wähler Hillary Clinton zu nahe bei der Wall Street und den wohlhabenden Eliten gesehen? Lag Bernie Sanders richtig, als er den Demokraten vorwarf, ihre Kungelei mit Milliardären würde sie Stimmen aus der Arbeiterklasse kosten?

Die Führung der Demokratischen Partei und die Konzernmedien wollten die Öffentlichkeit aber nicht auf solche Fragen aufmerksam machen. Stattdessen richteten sie den Fokus ganz schnell auf Russland.

Innerhalb von 24 Stunden nach der Rede, in der Frau Clinton ihre Wahlniederlage eingestanden hatte, versammelten ihr Wahlkampfmanager Robby Mook (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Robby_Mook) und John Podesta (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_Podesta), der Leiter ihres Wahlkampfteams, ihr "Kommunikationsteam" im Hauptquartier (der Demokraten) in Brooklyn, "um eine Kampagne zu starten, die den Eindruck erwecken sollte, der Wahlausgang sei durch Beeinflussung von außen zu erklären"; das haben die Insider-Journalisten Jonathan Allen und Amie Parnes in ihrem Buch "Shattered" (s. https://www.weltbild.de/artikel/buch/shattered_22295766-1) berichtet. "In wenigen Stunden ... hatten sie die Erklärung fertig, die sie der Presse und der Öffentlichkeit vorlegen wollten. Die "russischen Hacker" waren bereits in dieser Erklärung das zentrale Argument (für die Niederlage der Frau Clinton).

Es gab tatsächlich russische Versuche, die Wahl zu beeinflussen. Ihr Ausmaß und ihre Wirkung wurden aber stark übertrieben. In den US-Medien und in der politischen Diskussion ersetzte die wie ein Laserstrahl auf Russland gelenkte Aufmerksamkeit die Untersuchung der eigentlichen Gründe für Frau Clintons Wahlniederlage.

Die traumatisierende Realität des Trumpschen Wahlsieges hätte eigentlich eine gründliche Untersuchung der Schlüsselfaktoren erfordert, die diese Katastrophe verursacht hatten. Eine derartige Untersuchung hätte vermutlich ergeben, dass die Demokraten ihre Wähler in der Arbeiterklasse sträflich vernachlässigt hatten. Chuck Schumer, der Sprecher der demokratische Minderheit im Senat, hatte Juli 2016 sogar verkündet: "Für jeden demokratischen Wähler im Blaumann, den wir im westlichen Pennsylvanien verlieren, werden wir zwei gemäßigte Republikaner in den Vorstädten Philadelphias gewinnen. Und das könnte sich in Ohio, Illinois und Wisconsin wiederholen." [s. <https://democraticautopsy.org/race-and-the-party/>]

Im elitären Denken der zentristischen orthodoxen Demokraten war kein Platz für progressive Vorschläge – zum Beispiel für eine Krankenversicherung, die alle einschließt, und gebührenfreie Studiengänge an öffentlichen Universitäten. Weil die Demokraten der Arbeiterklasse keine Angebote gemacht haben, konnten sie daraus auch kaum Wähler gewinnen. Aber anstatt diesen Kardinalfehler einzusehen, hat sich die Parteiführung auf Wladimir Putin eingeschossen. Damit konnte sie sehr gut von ihren Versäumnissen ablenken.

Das Democratic National Committee (DNC, s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) hat Anfang 2017 nur eine einzige Vollzeitkraft damit beauftragt, sich um die Beseitigung der Einschränkungen des Wahlrechts zu kümmern. Im Frühjahr 2017 hat es stolz verkündet, dass jetzt vier Angestellte dieses Problem bearbeiten würden. Dabei wäre es dringend notwendig gewesen, gegen die sehr restriktiv gehandhabte Ausweispflicht und andere Behinderungen bei der Wählerregistrierung zu klagen, durch die so viele Menschen mit dunkler Hautfarbe von den Wahlen im Jahr 2016 ausgeschlossen worden waren. Im April 2018 hat das DNC zwar eine Zivilklage eingereicht, sie war aber gegen die russische Regierung, Trumps Wahlkampfteam, WikiLeaks und dessen Gründer Julian Assange gerichtet. [s. <https://www.truthdig.com/articles/why-the-dnc-is-fighting-wikileaks-and-not-wall-street/>]

Von Beginn seiner Präsidentschaft an hat Trump schamlos gegen die US-Verfassung verstoßen, die es dem Präsidenten verbietet, aus innen- oder außenpolitischen Maßnahmen seiner Regierung persönliche Vorteile zu ziehen [s. <https://rootsaction.org/trump-articles-of-impeachment#foreign-emoluments>]. Aber anstatt Trumps korrupte Selbstbedienung anzuprangern, die auch seine Wähler empört und sogar ein Amtsenthebungsverfahren gerechtfertigt hätte, haben sich die Medien und die Führung der Demokraten ausschließlich auf Russland gestürzt.

Obwohl die Trump-Regierung eine ganze Reihe kritikwürdiger Maßnahmen ergriff, ließen sich die Demokratische Führung im Kongress und liberale Medienstars wie Rachel Maddow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rachel_Maddow) von dem der Comcast Corporation (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Comcast>) gehörenden TV-Sender *MSNBC* nicht von ihrer obsessiven Russophobie abbringen und setzen sie bis heute fort. Mit dieser Obsession lenkten sie die US-Bevölkerung von einer ganzen Reihe unmoralischer Gräueltaten des Trump-Regimes ab, zum Beispiel von den wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen US-Bürger mit niedrigem Einkommen und von dem Blutbad, das Saudi-Arabien mit Unterstützung der USA im Jemen anrichtet.

Die Medien-Überwacher von *FAIR* [s. <https://fair.org/home/msnbc-yemen-russia-coverage-2017/>] haben herausgefunden, dass *MSNBC* – "das führende liberale Kabelnetz" – im zweiten Halbjahr 2017 keinen einzigen Bericht über den Jemen, im gleichen Zeitraum aber 5.000 (negative) Berichte über Russland verbreitet hat.

FAIR hat dokumentiert, dass *MSNBC* 2017, im ersten Jahr der "Russiagate"-Obsession, nur eine Sendung über die von den USA unterstützten saudischen Luftangriffe ausgestrahlt hat, denen Tausende von jemenitischen Zivilisten zum Opfer fielen. Die schrecklichste Cholera-Epidemie der Geschichte, die in dem verarmten Land mehr als eine Million Menschen tötete, wurde überhaupt nicht erwähnt [s. <https://www.theguardian.com/global-development/2017/oct/12/yemen-cholera-outbreak-worst-in-history-1-million-cases-by-end-of-year>].

Trotz dieser schrecklichen realen Ereignisse bleiben die Massenmedien auf Russland fixiert – während die internen Angriffe auf die US-Demokratie andauern und sie immer mehr zerstören.

Weil das Trump-Team auch in Bezug auf Kontakte zu den Russen gelogen hat, ist den Leuten überhaupt nicht mehr aufgefallen, dass Trump fast immer lügt, wenn er den Mund aufmacht. In krumme Geschäfte und Korruption war und ist die Trump-Organisation in vielen Ländern verwickelt [s. <https://www.opensecrets.org/news/2019/06/trump-foreign-business-interests/>]. Die vielen Berichte über Trumps Russland-Kontakte haben auch viele progressive Demokraten immer wieder von seinen demokratiefeindlichen Manövern in unserem eigenen Land abgelenkt.

In diesem Jahr hat die Transformative Justice Coalition (s. <https://tjcoalition.org/>) eine Liste mit "61 Möglichkeiten, Wahlberechtigte am Wählen zu hindern" [s. <http://www.voting-rightsalliance.org/forms-of-voter-suppression>] veröffentlicht, mit denen Wahlberechtigten in den USA wegen ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer Einkommensverhältnisse ihr Wahlrecht streitig gemacht wird; durch Schikanen werden Millionen von Menschen am Wählen gehindert.

Wie viele dieser 61 Möglichkeiten, Wahlberechtigte von Wahlen auszuschließen, hat Russland zu verantworten?

Keine!

Die Russland-Obsession hat viele Vorläufer in der Geschichte der USA. Immer, wenn von innenpolitischen Missständen und Fehlschlägen abgelenkt werden sollte, wurde eine ausländische Macht dafür verantwortlich gemacht [s. <https://fair.org/home/the-utility-of-the-russiagate-conspiracy/>].

In einem Staat mit so vielen systemischen und bewusst herbeigeführten Demokratie-Defiziten konzentrieren führende Demokraten und die US-Konzernmedien ihr rhetorisches Feuer allzu gern auf einen Gegner in weiter Ferne. Warum sollten sie die Wall Street anklagen, wenn sie den Kreml (für die Wahlniederlage) verantwortlich machen können? Warum sollten sie die Macht der US-Oligarchen in Frage stellen oder sich überhaupt mit ihnen beschäftigen, wenn sie russische Oligarchen beschuldigen können? [s. <https://fair.org/home/russia-has-oligarchs-the-us-has-businessmen/>]

Für die Entwicklung progressiver Forderungen bleibt wegen der immer noch geschürten Russophobie keine Zeit. Während viel Zeit, Energie und Geld für die Verbreitung der "Russiagate"-Story verschwendet wurden, finden eine ganze Menge dringender Aufgaben keine Beachtung. Es fehlen die Kapazitäten zur Entwicklung von Programmen, mit denen sich die in vielen US-Gemeinden auftretenden Probleme lösen ließen.

Deshalb haben sich die Chancen für die Verbesserung der inneren Sicherheit in den USA weiter verringert – und das hat langfristig sehr gefährliche Folgen.

US-Präsident Lyndon Johnson (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Lyndon_B._Johnson), der wirklich keine "Taube" war, hat sich 1967 während des entsetzlichen Krieges in Vietnam wegen der Differenzen mit Russland auf dem Glassboro Summit (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_von_Glassboro) mit (seinem russischen Gegenspieler) Alexei Kossygin (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexei_Nikolajewitsch_Kossygin) getroffen. Nach länger als 12 Stunden dauernden Gesprächen sagte Johnson, neben dem sowjetischen Ministerpräsidenten stehend: "Wir haben große Fortschritte gemacht und wissen jetzt viel besser, wie wir über verschiedene Fragen denken." Damals wie heute waren und sind angesichts eines drohenden Atomkrieges solche Gespräche überlebenswichtig.

Wegen des Wirbels um das "Russiagate" scheinen auch Millionen Demokraten, die sich für liberal und progressiv halten, keinerlei Wert auf eine Verbesserung unseres Verhältnis-

ses zu Russland und zu seiner Führung zu legen. Schon die Forderung nach Gesprächen mit Putin oder den "Russen" gilt als Ketzerei und setzt Befürworter sofort dem Verdacht aus, "Putin-Anhänger" zu sein. Sogar Barbara Lee, eine sehr verehrte Friedensverfechterin im Kongress, scheint jetzt zu den Kriegstreibern überzulaufen [s. dazu auch <https://www.sfchronicle.com/opinion/openforum/article/When-Barbara-Lee-doesn-t-speak-for-me-11305910.php>].

Der militärisch-industrielle Komplex hat außerordentlich von der feindseligen Einstellung zu Russland und dem Verzicht auf eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen profitiert [s. <https://www.commondreams.org/views/2018/07/16/climb-down-summit-hostile-propaganda>], weil die Demokraten sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die von der Trump-Regierung vorgeschlagene enorme Erhöhung des Militärhaushaltes unterstützt haben. Als Trump in den Beratungen des Haushaltes für das Jahr 2018 vorschlug, das Budget des Pentagons für die beiden Folgejahre um gigantische 11 Prozent zu erhöhen, prahlte Nancy Pelosi in einer E-Mail an die demokratischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus: "In den Verhandlungen haben alle Demokraten im Kongress um eine deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben gekämpft." [s. <https://www.theatlantic.com/international/archive/2018/02/democrats-defense-spending/553670/>] Das Büro Schumers (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Schumer), des Fraktionsvorsitzenden der Demokraten im Senat, erklärte: "Wir stimmen dem Verteidigungshaushalt des Präsidenten Trump uneingeschränkt zu." Einige Monate später hat eine überwältigende Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus [s. <http://clerk.house.gov/evs/2018/roll230.xml>] und im Senat [s. https://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_lists/roll_call_vote_cfm.cfm?congress=115&session=2&vote=00128] den National Defense Authorization Act 2019 (s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Authorization_Act_for_Fiscal_Year_2019) in Höhe von gigantischen 717 Milliarden Dollar gebilligt.

In der letzten drei Jahren hat die wiederbelebte Feindschaft mit Russland, die im Kalten Krieg herrschte, wichtige historische Tatsachen aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt [s. <https://fair.org/home/hypocrisy-of-russia-did-it-stories-is-hard-to-stomach/>] – zum Beispiel die (zu Zeiten Jelzins praktizierte) Einmischung der USA in die russische Politik und die gefährliche Osterweiterung der NATO, mit der unter dem Präsidenten George H. W. Bush gegebene Zusagen gebrochen wurden. Dessen Regierung hat 1990 versichert, dass sich die NATO "keinen Zoll ostwärts" ausbreiten würde. [s. <https://www.thenation.com/article/the-us-betrayed-russia-but-it-is-not-news-thats-fit-to-print/> (sowie https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04318_110418.pdf und https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00418_080118.pdf)] Immer mehr unangenehme Tatsachen werden mit der Lüge abgetan, es handle sich um "Desinformationen", die Russland verbreite [s. <https://fair.org/home/for-nyt-inconvenient-facts-equal-russian-style-disinformation/>].

Das mag gut sein für die Einschaltquoten von Medienstars wie Rachel Maddow oder die Profilsucht des demokratischen Abgeordneten Adam Schiff (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Schiff). Solche Trickereien wirken sich aber äußerst nachteilig auf notwendige politische Maßnahmen wie die Erhaltung von Rüstungskontrollverträgen zwischen den beiden atomaren Supermächten der Welt aus. Wegen des enormen Druckes, der (mit "Russiagate") auf Trump ausgeübt wurde und wird, musste er unbedingt beweisen, dass er "kein Lakai Putins" ist, und den INF-Vertrag aufkündigen (s. dazu auch unbedingt auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf).

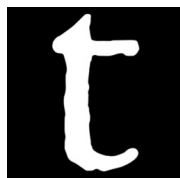
"Die Spannungen zwischen den zwei Staaten, die über die meisten Atomwaffen verfügen, sind so stark angestiegen, dass beide ihre Atomstreitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt haben. Trotzdem ignorieren die in Washington im Clinch miteinander liegenden

Parteien die großen Gefahren für die globale Stabilität und letztlich das Überleben der Menschheit," stand in einem offenen Brief, der schon im letzten Jahr in *The Nation* veröffentlicht wurde [s. <https://www.thenation.com/article/common-ground-for-secure-elections-and-true-national-security/>].

In dem Brief, den auch ich unterzeichnet habe, heißt es weiter: "Kein politischer Vorteil – sei er real oder nur eine Wunschvorstellung – könnte die Konsequenzen aufwiegen, mit denen zu rechnen wäre, wenn auch nur ganz wenige der in US-amerikanischen und russischen Arsenalen befindlichen Atomwaffen zum Einsatz kämen. Die Annahme, die ständige Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Russland hätte keinerlei Auswirkungen auf die Überlebenschancen der nachfolgenden Generationen, ist grundlegend falsch."

Norman Solomon ist Mitbegründer und nationaler Koordinator von RootsAction.org (s. <https://www.rootsaction.org/about-rootsaction>). Er war ein für Bernie Sanders stimmender Delegierter aus Kalifornien bei der Democratic National Convention (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Convention) im Jahr 2016 und ist derzeit Koordinator des wieder aktiven Bernie Delegates Network (s. <https://berniedelegatesnetwork.org/>). Solomon hat ein Dutzend Bücher verfasst, darunter "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death" (das unter dem Titel "War Made Easy – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag auch in deutscher Übersetzung erschienen ist). Außerdem ist er Gründer und verantwortlicher Direktor des Institute for Public Accuracy (s. <http://accuracy.org/>).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist)) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Frenzy About Russia Has Undermined Progressive Agendas

By Norman Solomon

Published October 26, 2019

When Donald Trump won the presidency, crucial questions begged to be addressed: How could it happen? Was Hillary Clinton seen by voters as too close to Wall Street, too aligned with wealthy elites? Was Bernie Sanders correct that loyalty to the billionaire class would undermine the Democratic ticket's appeal to working-class voters?

Those were hardly the kinds of questions that Democratic Party leaders and corporate media wanted to put in the national spotlight. Instead, they quickly shifted the focus — to Russia.

Within 24 hours of Clinton's concession speech, campaign manager Robby Mook and campaign chair John Podesta "assembled her communications team" at the national headquarters in Brooklyn "to engineer the case that the election wasn't entirely on the up-and-up," journalists Jonathan Allen and Amie Parnes report in their inside-story book *Shattered*. "For a couple of hours ... they went over the script they would pitch to the press and the public. Already, Russian hacking was the centerpiece of the argument."

The stories you care about, right at your fingertips

There were real Russian efforts to intervene in the election. But their scope and effects be-

came widely exaggerated. In U.S. media and politics, a laser focus on Russia quickly substituted for examining basic reasons for Clinton's loss.

The traumatic reality of Trump's victory called for a serious and well-grounded exploration of the key factors that led to the catastrophe. Such an exploration might have critically assessed the Democratic abandonment of many working-class voters that Senate Minority Leader Chuck Schumer had brashly heralded in July 2016: "For every blue-collar Democrat we lose in western Pennsylvania, we will pick up two moderate Republicans in the suburbs in Philadelphia. And you can repeat that in Ohio and Illinois and Wisconsin."

The elitism of centrist Democratic orthodoxy — having no use for such progressive proposals as Medicare for All and tuition-free public college — failed to ignite enthusiasm or inspire turnout from the working class. But instead of scrutinizing that political approach, what came to the fore was a fixation on relentlessly blaming Vladimir Putin. It was a fixation that let the party's leadership off the hook.

The Democratic National Committee went into 2017 with a grand total of one full-time staffer to address the nation's rampant suppression of voting rights. In the spring, the DNC trumpeted expansion of that staffing to four employees. There was a clear need for legal resources to challenge pernicious voter ID laws and other barriers that had blocked so many people of color from casting their ballots in 2016. Yet in April 2018, when the DNC filed a civil lawsuit, it was against the Russian government (as well as the Trump campaign and associates, WikiLeaks and its founding editor Julian Assange).

From the outset of his presidency, Trump had been guilty of flagrantly violating the Constitution's foreign and domestic emoluments clauses, which prohibit a president from gaining any personal benefits from government actions. But rather than zero in on the impeachable offenses involving corrupt self-dealing — which are easy for voters to understand — corporate media and leading Democrats focused narrowly on Russia.

As the Trump administration proceeded to inflict a vast array of harm, the Democratic leadership in Congress — and liberal media stars like Rachel Maddow on Comcast-owned MSNBC — persisted with a Russia obsession that would last years. That obsession crowded out attention to an enormous range of moral atrocities being inflicted by the Trump regime, including economic violence against low-income people in the United States and U.S.-aided slaughter by Saudi Arabia in Yemen.

A study by the media watchdog group FAIR found that MSNBC — "the leading liberal cable network" — "did not run a single segment devoted specifically to Yemen in the second half of 2017. And in these latter roughly six months of the year, MSNBC ran nearly 5,000 percent more segments that mentioned Russia than segments that mentioned Yemen."

FAIR documented that in 2017, the first full year of MSNBC's ongoing "Russiagate" obsession, the network "only aired one broadcast on the U.S.-backed Saudi airstrikes that have killed thousands of Yemeni civilians. And it never mentioned the impoverished nation's colossal cholera epidemic, which infected more than 1 million Yemenis in the largest outbreak in recorded history."

Notwithstanding such realities, the mass media continued to fixate on Russia, while home-grown assaults on democracy became evermore vicious and damaging across the United States.

The fact that the Trump team lied about contacts with Russians caused people to lose sight of the fact that Trump continually lied about almost everything under the sun. Impro-

per business deals and corrupt entanglements of the Trump Organization had been occurring in many countries. And Russia-related news coverage continued to mightily distract all too many progressives from anti-democratic maneuvers that were underway in our own country.

This year, the Transformative Justice Coalition released a list of “61 Forms of Voter Suppression” that have taken hold in the United States — denying basic voting rights due to race, ethnicity, income and age — insidiously preventing millions of people from exercising their democratic rights.

How many of those 61 forms of voter suppression did Russia have something to do with?

Zero.

The dynamics of the Russia obsession have fit a classic pattern in U.S. history — avoiding, and distracting from, key domestic failures — by blaming a foreign power.

In a country rife with systemic and severe shortfalls of democracy, leading Democrats and corporate media were all too pleased to concentrate their rhetorical fire on a faraway adversary. Why blame Wall Street when you can blame the Kremlin? Why examine the power of American oligarchs when you can avoid mentioning they exist, while denouncing Russian oligarchs?

For progressive agendas, the fueling of hostility toward Russia has been unproductive and damaging. Overall, tremendous amounts of time, energy and resources have been squandered on Russiagate-related messaging while a huge spectrum of crucial issues got short shrift. Such dynamics weakened capacities to develop programs and outreach that could appeal to the most deeply felt concerns in communities around the United States.

Meanwhile, prospects for true national security have diminished — with foreseeable and highly dangerous long-term consequences.

Lost in all the torrid anti-Russia rhetoric of recent years was a simple necessity that President Lyndon Johnson (hardly a dove while in the midst of escalating the horrific Vietnam War) expressed at the time of his Glassboro Summit with Alexei Kosygin in June 1967. Standing next to the Soviet premier after more than a dozen hours of direct talks, Johnson said: “We have made further progress in an effort to improve our understanding of each other’s thinking on a number of questions.” Then, as now, the danger of nuclear holocaust made such understanding vital.

But amid the frenzy over Russia, millions of self-identified Democratic moderates, liberals and progressives became fiercely uninterested in any steps to “improve our understanding” of Russian leaders’ thinking. Merely advocating the idea of talks with Putin or “Russians” became tantamount to heresy or being a Putin apologist. Even the most revered peace advocate in Congress got onto the bandwagon.

Meanwhile, the military-industrial complex has profited greatly from growing antagonism toward Russia, coupled with contempt for diplomacy that has helped to rationalize steep military budget increases proposed by Trump and cheered on by House and Senate Democratic leaders. During federal budget negotiations in 2018 — with Trump requesting a staggering 11 percent Pentagon budget increase over two years — Nancy Pelosi boasted in an email to House Democrats: “In our negotiations, Congressional Democrats have been fighting for increases in funding for defense.” The office of Senate Democratic leader

Schumer declared: “We fully support President Trump’s Defense Department’s request.” Months later, an overwhelming majority of House and Senate Democrats supported the massive 2019 “National Defense Authorization Act” of \$717 billion.

During the last three years, a resurgent atmosphere of cold-war conformity has stigmatized important historic facts — whether about U.S. interference in Russian politics or the dangerous expansion of NATO, which violated an explicit pledge from the George H.W. Bush administration in 1990 that NATO would not expand “one inch eastward.” Wider and wider arrays of inconvenient facts are apt to be tarred as Russian-style disinformation.

This has all been good for the ratings of media stars like Maddow and the profiles of politicians like Democratic Rep. Adam Schiff. But the effects have badly damaged the potential for achieving practical — and essential — measures such as arms control treaties between the world’s two nuclear superpowers. And the enormous pressure on Trump to prove that he isn’t a Putin flunky after all ended up encouraging such perilous moves as U.S. withdrawal from the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty.

“Tensions are festering between two nations with large quantities of nuclear weapons on virtual hair-trigger alert; yet the current partisan fixations in Washington are ignoring the dangers to global stability and, ultimately, human survival,” an open letter published by The Nation pointed out last year.

The letter, which I signed, added: “No political advantage, real or imagined, could possibly compensate for the consequences if even a fraction of U.S. and Russian arsenals were to be utilized in a thermonuclear exchange. The tacit pretense that the worsening of U.S.-Russian relations does not worsen the odds of survival for the next generations is profoundly false.”

Norman Solomon is co-founder and national coordinator of RootsAction. He was a Bernie Sanders delegate from California to the 2016 Democratic National Convention and is currently a coordinator of the relaunched Bernie Delegates Network. Solomon is the author of a dozen books, including War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death. He founded the Institute for Public Accuracy, where he is executive director.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern